

Niederschrift zur 5. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kinder, Jugendliche und deren Familien am Dienstag, den 22. Oktober 2013 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Stadthaus Vegesack, 1. Etage, Gerhard-Rohlf-Str. 62, 28757 Bremen

Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 18.30 Uhr

Vorsitzender: Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Steinbusch

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung vom 19.03.2013
2. Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeitern
3. Nutzung von Spielplätzen an Schulen und Kitas außerhalb der Öffnungszeiten durch die Öffentlichkeit
4. Verschiedenes

Anwesende Mitglieder:

Bachmann, Ulrike
Degenhard, Cord
Jäckel, Gabriele
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Windheuser, Jochen
Littke-Skiera, Britta
Buchholz, Rainer für Wachtendorf, Klaus

Nicht teilgenommen:

Baltrusch, Jörg

Weitere Teilnehmer:

Genthe-Welzel, Olaf Senator für Bildung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Die Einladung ist form- und fristgerecht zugegangen. Die Tagesordnung wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung vom 19.03.2013

Die Niederschrift zur 4. Sitzung vom 19. März 2013 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Tagesordnungspunkt 2

Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeitern

Herr Dornstedt berichtet, dass dieses Thema derzeit in der Öffentlichkeit stark diskutiert wird. Ausgangspunkt für die Beratung des Tagesordnungspunktes ist ein Dringlichkeitsantrag der CDU Fraktion aus der Beiratssitzung am 12. September 2013. Herr Dornstedt berichtet, dass die Stelle an der Schule Am Wasser bis zum Schuljahresende 2013/2014 erhalten bleibt. Die Gerhard-Rohlf-OS behält ihren Schulsozialarbeiter auch weiterhin. Für die drei Schulen Alt-

Aumund, Fährer Flur und Hammersbeck gab es eine Stelle zusammen. Diese entfällt dann. Ebenso für die Schulen Schönebeck und Borchshöhe die sich auch eine Stelle teilen mussten.

Herr Genthe-Welzel betont die Bedeutung der Arbeit der Schulsozialarbeiter. Er berichtet, dass vor 2 Jahren beschlossen wurde, dass über das Programm Bildung und Teilhabe schulische Sozialarbeit angeboten werden sollte, um Kindern aus bildungsfernen Familien zu unterstützen und präventiv auf Schulschwänzer einzuwirken. Dieses Programm war auf 2 Jahre befristet. Dies war allen Sozialarbeitern, die solch eine Stelle bekleiden, bewusst. Die Senatorin hatte von vornherein gesagt, dass es schwierig werden würde, die Stellen aufrecht zu erhalten, weil sie durch den Bund finanziert worden sind. Die Verstetigung wurde zu Lasten des Landeshaushaltes der Stadt gehen. Bremen hat frühzeitig im Verbund mit anderen Bundesländern einen Initiativantrag im Bundesrat gestartet, mit dem Begehrt, die Verstetigung der schulischen Sozialarbeit herbeizuführen. Darüber ist noch nicht entschieden worden. Die Senatorin hat die Qualität der Schulsozialarbeiter gesehen. Es gab viele Verhandlungen zwischen den Staatsräten aus dem Bildungs- und Sozialressort. Es ist gelungen, von den aktuell 43 Stellen die auf 59 Schulen verteilt sind, 30 Stellen zu retten (bis zum Ende des aktuell angefangenen Schuljahres – 31.07.2014) Diese 30 Stellen sind den Schulen zugeteilt worden die das Kriterium des Sozialindikators der Stufe 4 und 5 erfüllt haben. Die Senatorin ist bemüht auch über den Zeitpunkt hinaus eine vernünftige und dauerhafte Finanzierung hinzubekommen.

Herr Scharf ist der Meinung, dass das Bildungsressort seit zwei Jahren weiß, dass die Mittel danach nicht mehr zur Verfügung stehen. Wieso hat man nicht damals schon Mittel dafür eingeworben? Des Weiteren fügt er hinzu, dass man auch an Schulen mit einem Sozialindikator 2 präventiv arbeiten könnte, um nicht erst zu handeln, wenn es zu spät ist. Die CDU fordert die Senatorin auf, nicht erst auf den Bund zu warten um die Mittel für die Schulsozialarbeiter bereit zu stellen.

Frau Bachmann erkundigt sich, wieso die Lerchenstraße nie mit einem Schulsozialarbeiter bedacht wurde.

Herr Genthe-Welzel antwortet, dass viele Schulen zu Zentren für unterstützende Pädagogik aufgebaut wurden. Teilweise haben Schulen dies auch im Verbund getan. Die Schulen die ein ZuP gebildet haben, haben von einer Zuweisung profitieren können.

Herr Buchholz teilt mit, dass ihm die Fakten fehlen wie es mit der Weiterführung der Stellen klappen kann. Das Programm war von vornherein auf 2 Jahre konzipiert. Des Weiteren kann er sich nicht vorstellen, dass sich die Sozialindikatoren in den letzten Jahren nicht verändert haben. In welcher Weise sind diese auf dem neusten Stand? Die Senatorin muss eine Lösung für 43 Stellen + X finden. Er kann sich nicht vorstellen, dass außer der Lerchenstraße andere Schulen keinen Bedarf hätten. Die Verhandlungen über die 43 + X Stellen müssen mit in den neuen Haushalt eingebracht werden.

Herr Genthe-Welzel antwortet, dass die Sozialindikatoren von der Senatorin für Soziales zur Verfügung gestellt werden. Die sind aus dem Jahr 2010. Die Senatorin berechnet auf der Grundlage der Zahlen die schulischen Sozialindikatoren. Diese Zahlen sind aus dem Jahr 2013 und werden nach Ortsteilen berechnet.

Herr Windheuser ist der Meinung, dass der Wert der Schulsozialarbeit nicht unterschätzt werden darf. Es ist notwendig ein Entwicklungskonzept zu haben. Weiter ist es anerkennenswert, dass das Ressort es geschafft hat, $\frac{3}{4}$ der Stellen zu halten.

Herr Degenhard teilt mit, dass über den Wert und die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit es hier keinen Dissenz gibt. Es geht hier wiederum nur um das Geld.

Herr Doden stellt fest, dass die Schulsozialarbeit keine Frage des Sozialindikators ist und grundsätzlich an jede Schule gehört. Der Status Quo muss erhalten bleiben und die wertvolle Arbeit die in den letzten zwei Jahren aufgebaut wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss lehnt den geplanten Stellenabbau von Schulsozialarbeitern an den Schulen (Alt-Aumund, Fährer Flur, Hammersbeck – zusammen 1 Stelle) und (Borchshöhe, Schönebeck – zusammen 1 Stelle) ab.

Des Weiteren fordert der Ausschuss den Senat auf, sämtliche Stellen von Schulsozialarbeitern zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, dass alle Schulstandorte im Stadtteil Vegesack bei der Stellenvergabe berücksichtigt werden.

Hierzu ist ein Schulentwicklungskonzept zu erstellen.

Außerdem wird der Senat aufgefordert im Haushaltsentwurf 2014/2015 die Schulsozialarbeit auskömmlich zu berücksichtigen.

Tagesordnungspunkt 3

Nutzung von Spielplätzen an Schulen und Kitas außerhalb der Öffnungszeiten durch die Öffentlichkeit

Herr Dornstedt berichtet, dass auf vielen Kita und Schulspielplätzen Kinder auch nach den üblichen Öffnungszeiten dort spielen möchten. Dies wird nicht immer von der Nachbarschaft begrüßt, denn wo Kinder spielen entsteht auch Lärm.

Frau Lawker berichtet, dass nach der Schließung der Kita vereinzelt Kinder noch auf den Spielplatz wollen. Das Grundstück ist für die Bewohner des Ortsteils geöffnet. Vor dem Gebäude ist ein Schild mit Öffnungszeiten angebracht. Ein Schließdienst ist nicht vorhanden. Der Spielplatz wurde mit Mitteln aus der Stiftung Wohnliche Stadt gefördert. Ebenso sind Beiratsmittel in die Gestaltung mit eingeflossen. Die Bewohner müssen weiterhin die Möglichkeit haben, das Grundstück zu nutzen. Ein einziger Nachbar macht derzeit Schwierigkeiten bei der Nutzung des Grundstückes nach Schließung der Einrichtung. Es gibt leider keine einheitliche Regelung von Kita Bremen für alle 73 Häuser.

Herr Dornstedt stellt fest, dass der Ausschuss keine Nachbarschaftsangelegenheiten klären kann. Es geht dem Ausschuss darum, in welchem Rahmen Kinder die Möglichkeit erhalten sollen, auch nach Schließung der Einrichtung, Spielplätze nutzen zu dürfen.

Frau Ahrens berichtet, dass die bewilligten Mittel für den Bau der Ritterburg (Schule Alt-Aumund) explizit so vergeben wurden, dass der Spielplatz auch nach Ende der Schule von den Anwohner genutzt werden soll. Ein Schild zur Nutzung hängt ebenfalls vor dem Gelände.

Herr Doden ist der Meinung, dass der Beirat schon 2003 einen Beschluss gefasst hat, der sich ganz klar für eine Öffnung der Kita und Schulspielplätze im Stadtteil ausspricht. Den Kindern darf der Spielraum nicht genommen werden. Er schlägt weiter vor, dass sich der Präventionsrat mit dem Thema befassen könnte. Er macht den Vorschlag den Beiratsbeschluss von 2003 noch einmal zu bekräftigen um den Kitas und Schulen den Rücken zu stärken.

Herr Genthe-Welzel berichtet nochmal, dass es zu diesem Thema einen Senatsbeschluss gibt, dass Pausenhöfen öffentliche Spielplätze sind.

Beschluss:

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich dafür aus, dass die Spielflächen an KiTas und Schulen auch außerhalb der Betriebszeiten von der Öffentlichkeit angemessen genutzt werden können.

**Tagesordnungspunkt 4
Verschiedenes**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.30 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Steinbusch
Schriftführerin

Scharf
Ausschusssprecher